

Presseinformation

9. März 2004

Lösung bei Finanzierung der NÖ Tierheime

Flächendeckendes Konzept sichert Wohl der Tiere

In Sachen Tierheimfinanzierung wurde nun auf Initiative von Landeshauptmann Dr. Erwin Pröll eine Lösung erzielt. Bislang standen die Betreiber von Tierheimen vor großen Schwierigkeiten, weil die Finanzierung der Tierheime nicht geregelt war. „Wir haben nach langen Diskussionen jetzt endgültig eine Lösung zur finanziellen Absicherung der Tierheime gefunden. Insgesamt stehen für heuer rund 448.000 Euro bereit“, so der Landeshauptmann.

„Wir stellen die Finanzierung der niederösterreichischen Viertelstierheime damit auf neue Beine“, so Landeshauptmannstellvertreterin Heidemaria Onodi und Landesrat Mag. Wolfgang Sobotka. „Für die Übernahme und die Betreuung von untergebrachten Tieren sollen die Gemeinden in Zukunft 29 Cent pro Einwohner und Jahr als Vorleistung bzw. Betriebskostenersatz für die niederösterreichischen Viertelstierheime leisten. Hier laufen die Verhandlungen noch, ebenso gilt es auch, Entscheidungen des Bundestierschutzgesetzes abzuwarten. Damit wir aber bereits für das laufende Jahr den Tierheimen eine entsprechende Unterstützung zukommen und ebenso die Verhandlungen in Ruhe ablaufen lassen können, wird das Land für 2004 aus Bedarfszuweisungsmitteln diese Finanzbeiträge leisten.“

Das Tierheimkonzept sieht für jedes Landesviertel verantwortliche Tierschutzhäuser vor. Dieses flächendeckende Konzept für Niederösterreich soll die Versorgung aller Viertel sicherstellen. Die Tierheime müssen die Tiere übernehmen und versorgen. Durch diese Regelung ist der Betrieb der Tierheime gesichert, und der Betreiberverein kann sich ganz dem Wohl der Tiere und auch anderen nachhaltigen Tierschutzmaßnahmen widmen. Die Betreibervereine sind zu einer ordnungsgemäßen Abrechnung und Buchführung verpflichtet. „Wir wollen Entscheidungen im Rahmen des Bundestierschutzgesetzes nicht vorgehen. Allerdings können unsere niederösterreichischen Tierheime nicht länger warten. Sie brauchen auch für heuer eine Perspektive und vor allem Budgetsicherheit“, so Onodi und Sobotka.